

# SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 215

## Mythen und Fakten in der Sozialpolitik

**Mythen der Sozialpolitik identifizieren und mit Fakten gegenhalten: Unser WSI hat dafür eine eigene Blogserie gestartet. Bettina Kohlrausch, Eike Windscheid-Profeta und Florian Blank erklären, warum Aufklärung hier so wichtig ist.**

### **Marco Herack:**

Heute ist Montag, der 28. Oktober 2024. Willkommen zur 215. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und wir werden uns heute mit den Mythen der Sozialpolitik befassen. Ihr kennt das. Da surft ihr fröhlich vor euch her und befindet euch plötzlich in einer heißen Social-Media-Diskussion, die geschwängert ist von Fake News, Halbwahrheiten und Verdrehungen. Und dann? Tja, dann, naja, dann geht man wieder weg, weil man genervt ist oder beginnt, sich sehr viel Arbeit zu machen und das auseinanderzuklamüsern. Und Arbeit heißt man, man geht dann mal so auf Google und guckt dann mal nach, wo ist da was und wie ist es eigentlich? Und dann ist das immer alles sehr schwierig, sich zusammensuchen. Und im Grunde ist das richtig, dass man sich die Arbeit macht. Und künftig seid ihr nicht allein dabei. Warum? Das erklären wir gleich. Und dazu begrüße ich recht herzlich Bettina Kohlrausch. Hallo, Bettina.

### **Bettina Kohlrausch:**

Hallo.

### **Marco Herack:**

Du bist Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung und Eike Windscheid-Profeta. Hallo.

### **Eike Windscheid-Profeta:**

Hallo, Marco.

### **Marco Herack:**

Du leitest das Referat Wohlfahrtsstaat und Institutionen der sozialen Marktwirtschaft in der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung und Florian Blank. Ich grüße Dich.

**Florian Blank:**

Hallo.

**Marco Herack:**

Du bist Referatsleiter des Referats Sozialpolitik des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts, also eben jenem WSI.

Und vorweg an unsere Hörerinnen und Hörer wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns per E-Mail an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de) antickern. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut, Anregungen bitte einfach einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei. Einmal unseren Geschichtspodcast. In dem geht es aktuell um „75 Jahre DGB“ und unseren Podcast Focus Aufsichtsrat vom I.M.U. Da geht es aktuell um das heiß umstrittene Thema „Vorstandsvergütung“. Die Links dazu findet ihr wie gehabt in den Shownotes. Und wir freuen uns natürlich sehr, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Bettina ich habe es ja gerade schon ein bisschen angeteasert. Eine Blogserie „Die Mythen der Sozialpolitik“. Was ist die Idee und der Anlass?

**Bettina Kohlrausch:**

Ja, den Blog gibt es eigentlich schon dauerhaft, aber immer mit Schwerpunkten. Und das ist jetzt ‚Mythen der Sozialpolitik‘. Und tatsächlich hast du es ja schon beschrieben, dass sehr, sehr viel.. Also ich glaube, man kann schon sagen Unwahrheit oder unwahre Annahmen über den Sozialstaat kursieren. Und da geht es einmal darum, da einfach ein bisschen Wissen beizusteuern. Empirisches Wissen. Aber diese Unwahrheiten, und das ist, glaube ich auch wichtig zu wissen, kursieren glaube ich, nicht irgendwie aus Dummheit oder aus Versehen, sondern der Sozialstaat ist ein extrem umkämpftes Terrain. Und es geht eben auch dabei um Deutung, um normative Fragen, um die Frage letztlich: Wie wollen wir Teilhabe organisieren in dieser Gesellschaft? Wie wollen wir Verteilung organisieren? Es geht um sehr, sehr grundsätzliche Fragen wie auch: Welche Verantwortung, welche Rolle hat eigentlich ein Staat, welche die Gesellschaft? Wie sorgen wir füreinander? Sozialstaat ist ja letztlich nichts anderes als institutionalisierte Solidarität und hat eine ganz lange Geschichte und Tradition in sozialen Marktwirtschaften. Und ich glaube, das Thema ist auch deshalb so

umkämpft und es wird dann, das erlebt man bei Social Media dann auch so schnell, so heftig und so unschön, weil jeder natürlich weiß oder spürt, dass es um ganz grundsätzliche Fragen geht.

Und wir haben hier in diesem Kontext ja auch schon öfter diskutiert, dass Demokratien auf eine Art und Weise, wie wir es uns glaube ich selber gar nicht hätten vorstellen können, unter Druck geraten und damit auch die normativen Grundlagen, zum Beispiel, dass wir in der Gesellschaft solidarisch füreinander einstehen und Verantwortung tragen. Und ich glaube, dass sich in dieser Diskussion um den Sozialstaat eben auch genau diese grundlegenden Auseinandersetzungen, die wir gerade in dieser Gesellschaft führen, sich spiegeln. Und deshalb ist es, glaube ich, gut, da einfach mal etwas sachlicher, faktenbasiert reinzugehen. Weil ich glaube schon, dass auch bewusst falsche Fakten über den Sozialstaat gestreut werden, weil es Leute gibt, die eine Agenda haben, die letztlich schon darauf hinausläuft, die Art und Weise, wie wir als Gesellschaft zusammenleben, ganz grundlegend in Frage zu stellen, zu verändern. Oder vielleicht kann man auch sagen zu zerstören. Das hat ja einen sehr destruktiven Ansatz.

Ich war jetzt ein bisschen lange Antwort auf eine kurze Frage, aber es geht um mehr, als einfach nur zu sagen: Wie hoch ist das Bürgergeld oder wer kriegt das Bürgergeld? Es geht um was ganz Grundsätzliches, gerade auch im Hinblick, das muss man schon sagen. Auch die Bundestagswahl, wo ich glaube, dass der Sozialstaat, die Frage von Sozialstaatlichkeit, wie soll sie ausgestaltet sein? Ein ganz zentrales Wahlkampfthema sein wird.

**Marco Herack:**

Meine Stimme hast du da..

**Bettina Kohlrausch:**

Danke.

**Marco Herack:**

Ich halte Demokratie ja auch immer auch immer für Bildung. Und Bildung kann man ja nur dadurch erreichen und erzeugen, indem man darüber spricht und erklärt. Also von daher passt das ja sehr gut da rein. Allerdings erzeugt deine Erklärung jetzt bei mir natürlich sofort die Frage: Na ja, also wer da so böswillig da sitzt und sagt das erfinde ich jetzt mal hier oder das schubse ich mir jetzt mal

zurecht, diese und jene Information oder reichere sie an mit anderen Informationen, die nicht wahr sind. Den oder diejenige wird man höchstwahrscheinlich nicht erreichen, sondern es geht dann eher um jene, die gucken, wie ist es dann wirklich und was sind die Argumente und wo wird es vielleicht ein bisschen komplizierter?

**Bettina Kohlrausch:**

Genau das ist ja immer die Dynamik von Medien und noch mal beschleunigter von sozialen Medien, dass es eben Menschen gibt, die bewusst mit einer Agenda Falschinformationen streuen. Aber dass die Leute, die die dann aufgreifen und bewerten, nicht zwingend schon sozusagen auf dem Pfad dieser Agenda sind, das ist letztlich dann ein umkämpftes Feld. Und da versuchen wir, mit Sachlichkeit und Fakten reinzugehen und natürlich auch normativ für eine solidarische Gesellschaft uns einzusetzen, aber eben auch faktenbasiert, einfach mit sehr vielen Vorurteilen und Unwissenheit, die es da gibt, aufzuräumen.

**Marco Herack:**

Habt ihr denn, und die Frage würde ich wirklich an alle stellen: Habt ihr denn das Gefühl, dass es das Eurerseits braucht? Also dass diese Information so im allgemeinen Medienangebot oder in der allgemeinen Diskussion fehlt?

**Eike Windscheid-Profeta:**

Ich glaube, dass das Thema sich nicht nur um Falschinformationen dreht, sondern eben auch oft um verkürzte und zugespitzte Sachverhalte, die wir eigentlich auch täglich in Leitmedien, Zeitungen usw. lesen können. Es geht gar nicht immer darum, in einem, ich sage jetzt mal, Rabbit hole der sozialen Medien, in Telegrammkanälen usw. zu verschwinden, wo möglicherweise wirklich Fake News geteilt und verbreitet werden. Es geht ganz einfach auch darum, die politische Debatte aufzunehmen. Und das ist das, was Bettina Kohlrausch gerade eben schon mal gesagt hat, eben um Evidenzen zu bereichern. Und das ist natürlich etwas, was wir sehr gut können. Also nicht nur eigene Forschung, sondern eben auch die, die wir mit unseren PartnerInnen in Universitäten usw. bereitstellen. Dieses Wissen in die öffentliche Debatte einzubringen ist glaube ich total wichtig. Und das ist eben auch was, was wir gut machen können. Und dafür eignet sich auch dieser Blog, weil wir dann sagen können: Okay, das, was dort einseitig möglicherweise zugespitzt wird oder wo es sehr stark auch um politische Pointierungen sehr komplexer Sachverhalte geht, dort den wahren Kern

herauszustellen, der ganz oft da mitschwingt und in ihm in einen richtigen Kontext zu stellen. Das ist, glaube ich, etwas, was mit diesem Blog sehr gut gelingen kann. Wer diese tollen Ergebnisse und diese sehr, sehr profunden Evidenzen, die wir also ganz oft vorliegen haben, dann auch sehr gut in Form guter Wissenschaftskommunikation, sage ich jetzt mal auch an die Allgemeinheit weitergeben können. Und damit tragen wir dann eben auch unserem eigenen Anspruch Rechnung, eine politische und öffentliche Debatte, um Befunde und Evidenzen zu bereichern.

### **Florian Blank:**

Ich würde da gerne anknüpfen und vielleicht noch ein, zwei Sätze auch zum Blog und zur Blogserie sagen. Also in gewisser Weise die Fakten über die Fakten liefern.

Diese Blogserie hat mittlerweile zehn Folgen. Da ist auch noch mehr in Vorbereitung. Mir ist auch wichtig, dass wir da noch eine Person namentlich mit ins Spiel bringen, die zusammen mit Eike und mir diese Serie, man kann sagen kuratiert. Das ist Professorin Jutta Schmitz-Kießler von der Hochschule Bielefeld, die auch mit Blick auf die Entwicklung dieser Idee einen ganz, ganz starken Impuls am Anfang gesetzt hat und mit der zusammen wir dann immer testen, welche Themen sind denn relevant? Wollen wir das selber bearbeiten? Kennen wir Expertinnen und Experten, die zu einem bestimmten Thema etwas zu sagen haben?

Und in dieser Reihe haben wir uns tatsächlich im Grunde darum bemüht, aufklärerisch zu wirken. Also letztendlich einfach erst mal Sachen darzustellen und zu sagen, wie ausgehend beispielsweise vom Sozialgesetzbuch oder von neuer empirischer Forschung einfach die Situation ist. Wir arbeiten uns tatsächlich, Eike hat es eben angedeutet, gar nicht so sehr erst mal an Falschmeldungen oder so ab und geben denen jetzt übermäßig Raum. Das hängt ein bisschen dann von den Autorinnen und Autoren ab, wie sehr sie dann eben sich eine wirkliche Falschbehauptung vorknöpfen und die dann widerlegen und zurechtrücken oder wie weit sie sagen: Wir müssen hier einfach erstmal eine Sache grundsätzlich erklären, die im öffentlichen Diskurs anscheinend nicht ganz genau verstanden worden ist. Und da geht es dann tatsächlich manchmal um Aussagen, die.. ich sträube, mich manchmal sogar, das als Falschaussagen immer zu bewerten, aber die zumindest verkürzt sind, wo dann ein Kontext fehlt,

wo eine einzelne Zahl, die dann für sich genommen vielleicht sogar richtig ist, einfach präsentiert wird, ohne die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Also man könnte jetzt hier in viele Details gehen. Ein Beispiel dafür ist die sehr verknappte Aussage, dass die Zuschüsse zur Rentenversicherung, die aus dem Bundeshaushalt geleistet werden, immer weiter steigen. Und das ist in einem ersten Schritt total korrekt. Das steigt immer mehr. Es wird dann aber immer schwieriger, wenn man da Schlüsse daraus zieht oder wenn man das einrammt. Also diese Zuschüsse steigen. Das ist aber regelgeleitet. Da hat sich der Gesetzgeber was bei gedacht und sie steigen gar nicht oder sinken teilweise sogar, wenn man andere Bezugsgrößen hinzuzieht. Also Zuschüsse relativ beispielsweise zu den Einnahmen oder auch Ausgaben der Rentenversicherung oder Zuschüsse im Vergleich zum Bundeshaushalt. Da zeichnet sich das Bild dann deutlich anders. Und wenn es um die Rahmung geht, dann kann man nicht nur auf die Zahlen gucken, sondern auch auf Begründungszusammenhänge. Diese Zuschüsse sind regelgeleitet. Da gab es einen politischen Streit darum. Da gibt es auch immer weiter Streit drum, wie das zu begründen ist. Falsch ist aber auf jeden Fall, dass es hier um eine Art Defizithaftung geht, dass der Bund also etwas zuschießen muss, weil die Rentenversicherung ansonsten ihre Ausgaben nicht mehr bestreiten kann. Das ist schlicht und einfach eine Falschmeldung.

Dennoch bleibt der wahre Kern: Da sind Zahlen, über die man auf die man genau gucken muss und die man interpretieren muss. Und das ist ja unser Anspruch, da bei dieser Interpretation weiterzuhelfen.

### **Marco Herack:**

Vielleicht können wir noch ein bisschen über Beispiele reden, weil das ist ja dann auch etwas sichtbarer, wie ihr da arbeitet. Du hast jetzt gerade schon das Thema Rente aufgemacht. Das ist ja auch eines dieser sehr heiß umstrittenen Themen in unserer Gesellschaft. Da geht es natürlich erst mal grundsätzlich um Geld und wer kriegt wie viel Geld? Und wenn dann Rentner irgendwie eine Rentenerhöhung bekommen, während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Gehaltserhöhung bekommen. Dann hat man natürlich auch sofort akutes Reibungspotential innerhalb der Gesellschaft. Und trotzdem geht es da ja dann oftmals, wenn man so die Debatten liest, mehr um so einen Generationenkonflikt, wo man das Gefühl hat, da wird alt gegen Jung ausgespielt oder umgekehrt.

### **Eike Windscheid-Profeta:**

Ja, genau. Also das ist ein sehr gutes Beispiel, wie sehr, sehr komplexe Zusammenhänge sehr vereinfacht dargestellt und verkürzt werden. Also wenn man sich Generationen anschaut, dann sind das erstmal abstrakte Konstrukte, die sind wissenschaftlich durchaus als Konzept vorhanden, aber so wirklich Generationen, was die auszeichnet, ob es jetzt Einstellungen oder Verhaltensweisen einer spezifischen Geburtskohorte gibt, die sich signifikant unterscheidet von anderen Geburtsjahrgängen, das lässt sich also überhaupt gar nicht wissenschaftlich halten und auch nicht beweisen. Diese Debatte kommt daher, dass man dieses sehr, sehr komplexe Konstrukt der Rentenversicherung, was auf vielen verschiedenen gesetzlichen und auch Verfassungsmäßigen Institutionen basiert, wo viele Akteure beteiligt sind, wo es immer darum geht, neue Entscheidungen, die Verteilungswirkung besitzen, sozusagen auszutarieren. Also hochkomplexe Gemengelage zuzuspitzen. Und auch das hat Bettina Kohlrausch gerade eben schon mal angesprochen das System zu diskreditieren, indem man das dann zuspitzt auf einen Konflikt zwischen Gruppen sozusagen, die gegeneinander ausgespielt werden, in dem Sinne, dass man sagt: Na ja, es kann ja nur Verliererinnen geben bei diesem System. Also die Rente ist dann nicht mehr sicher. Davon profitieren im Augenblick nur die Alten auf Kosten der Jungen in Anführungszeichen oder umgekehrt wahlweise, das sehen wir jetzt in letzter Zeit wieder sehr verstärkt, dass jüngere Generationen nicht bereit sind, sozusagen dieses System mitzutragen und zu finanzieren, also die sozusagen faule Generation Z.

Das Problem, was bei diesem Mythos transportiert, ist also durchaus ein wahrer Kern, der dahintersteckt, nämlich dass wir möglicherweise ein demografisches Problem haben, also in Zukunft, das uns irgendwie gerade bei der Rente sehr stark beschäftigen wird. Aber daraus eine falsche Schlussfolgerung gezogen wird, die nämlich eher zur Spaltung beiträgt und wir zum Beispiel das Rentensystem diskreditiert wird, indem man sagt: Es gibt nur Verlierer. Und das schürt eben Ressentiments und Ängste, die den radikalen Kräften nutzen. Aber es gibt ja auch und das ist eben auch ein Beitrag, den wir versuchen wollen, über das Blog zu erreichen, konstruktive Vorschläge und dann eben auch nicht nur Richtigstellungen dieser Mythen zu erreichen, sondern eben auch konstruktive Vorschläge einzubringen, wie das System besser gestaltet werden kann, so dass es eben nicht VerliererInnen produziert, sondern weiter zu schauen. Okay, wie geht es denn in der Zukunft möglicherweise für alle besser? Und auch dazu gibt es ja

Ideen, wie man das Rentensystem zukunftssicher aufstellen kann. Und das ist sicherlich auch etwas, was das Blog leisten kann.

### **Bettina Kohlrausch:**

Was natürlich bei diesen ganzen Debatten und ich finde, das merkt man bei der Rentendebatte, aber auch bei der Debatte ums Bürgergeld schon, so ein übergeordnetes Muster ist, wenn man mal nicht von Agenda sprechen ist, dass gesellschaftliche Konfliktlinien konstruiert werden, von denen ich glaube, dass es nicht die zentralen Konfliktlinien sind. Also zwischen Alten und Jungen. Zwischen Menschen, die Bürgergeld beziehen, und welchen, die irgendwie in den aller untersten Einkommensgruppen sind. Und die Frage ist, ob damit nicht auch doch, ob nun bewusst oder unbewusst, wir in einer Situation sind, wo wir eigentliche Verteilungskonflikte, zentrale Verteilungskonflikte nicht in dem Maße thematisieren, sondern stattdessen über andere Dinge reden. Und das, finde ich, ist auch gerade bei diesem Rententhema ziemlich präsent.

### **Florian Blank:**

Ich glaube, dass da wirklich was dran ist. Dass für mich immer spannendste Beispiel ist dabei diese Diskussion um die Anhebung des Renteneintrittsalters, das ja immer wieder gefordert wird. Das scheint auf den ersten Blick so leicht zu sein. Wir leben länger, das heißt, es werden auch Renten länger bezahlt. Gleichzeitig verschiebt sich und das ist tatsächlich auch ein Fakt, perspektivisch das Verhältnis von Beitragszahlerinnen und Leistungsbezieherinnen. Also das ist der Ausgangspunkt.

Jetzt ist aber die Frage: Was machen wir damit? Mit dieser Grundbeobachtung? Und ein häufiger Reflex ist ja, wenn wir länger leben, dann müssen wir auch länger arbeiten. Da hätte ich schon die ersten paar Anmerkungen zu. Aber das sind jetzt eher normative Fragen, wo es dann darum geht, wie viel Arbeit ist denn genug? Was wollen wir denn vielleicht tatsächlich an Ruhestand wirklich auch leben und erleben?

Noch mal auf die Mechanik einfach erstmal zurück, weil da kommen wir dann wirklich zu der Verteilungsfrage. Wenn Menschen tatsächlich länger arbeiten und dieser Plan, der immer wieder auch mal vorgebracht wird, beispielsweise das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln oder pauschal um Monate oder Jahre anzuheben, dann heißt das erstmal, dass Menschen länger berufstätig sein sollen. Und wenn unser Plan aufgeht und sie tatsächlich länger



berufstätig sind, zahlen sie damit auch länger Beiträge. Und, das ist ja auch der Sinn und Zweck der Aktion, beziehen weniger lang Rente. Das heißt aber, dass in einem ersten Schritt, weil dadurch letztendlich der Beitragssatz zur Rentenversicherung unter sonst gleichen Bedingungen sinken würde oder weniger schnell steigen würde, dass Beschäftigte genauso wie die Arbeitgeber entlastet würden, durch einen im Grunde günstigeres Rentensystem. Die Zeche bezahlt wird aber in einem ersten Schritt durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die länger arbeiten. Und das ist eben so ein Blick auf die Folgen von so einer potenziellen Rentenreform, der dann häufig außen vor bleibt. Arbeitgeber profitieren durch den Beitragssatz und sie profitieren durch ein größeres oder vergrößertes Angebot an Arbeitskräften. Beschäftigte profitieren dann durch einen geringeren Beitragssatz, bezahlen aber durch eine kürzere Rentenbezugszeit. Das heißt hinter dem: Wir können uns das nicht leisten oder wir leben länger. Wird letztendlich ein Interessenkonflikt im Grunde ausgeblendet, der sich an den paritätisch getragenen Beitragssätzen entzündet oder entzünden sollte.

So und an der Stelle müssen wir dann einfach mal sagen: Gut, da müssen wir mal genauer hingucken, wer tatsächlich profitiert, wer entlastet wird und wer belastet wird. Das heißt, diese ganz einfache: Wir leben länger, also sollten wir auch länger arbeiten-Logik stößt da aus meiner Sicht tatsächlich an Grenzen. Da geht es um Verteilungsfragen, die eben nicht zwischen Jung und Alt laufen, sondern möglicherweise eben zwischen verschiedenen Gruppen von Leuten, die das System oder eben auch Institutionen wie Arbeitgebern. Also Firmen, die das System zu finanzieren haben. Und eine größere Debatte spinnt sich meiner Meinung nach grundsätzlich um die Frage: Wie viel öffentliche Daseinsvorsorge und Sozialpolitik wollen wir uns leisten? Wie groß darf der Staat sein? Soll der Staat sein? Wie viel Geld wollen wir in öffentliche Institutionen stecken? Und das ist ja eine ganz große Konfliktlinie, die wir momentan auch in den Haushaltsdebatten immer wieder sehen. Wie viel Geld wollen wir denn in die Hand nehmen, weil wir glauben, dass es im öffentlichen System der sozialen Sicherung, aber auch mit Blick auf Infrastruktur etc. einfach gut aufgehoben ist und investiert gehört.

Und das schlägt sich dann immer wieder auch in die Sozialpolitik nieder, wo dann auf einmal geguckt wird, wo kann denn Geld gespart werden und wo dann ganz schnell einzelne Gruppen ausgeguckt werden, die das Geld.. naja, ist etwas gemein gesagt, nicht wert sind. Wo man anscheinend sparen kann, auch

wenn es dann möglicherweise wirklich nur um Kleckerbeträge geht. Aber das ist dann irgendwie. Wenn ihr so wollt, der Blitzableiter und eine Art von falscher Fokussierung, anstatt wirklich die große Debatte zu führen Was ist uns der Sozialstaat wert?

**Eike Windscheid-Profeta:**

Ich finde das total spannend, Florian. Die Beispiele, die du jetzt gebracht hast, wenn man sich das mal anschaut. Das Perfide daran ist ja, dass über diese Mythen eigentlich so ein Misstrauen geschürt wird der Anspruchsberechtigten gegenüber den für sie eigentlich zugänglichen und bereitstehenden sozialen Institutionen.

Also das war jetzt sehr komplex formuliert, aber eigentlich geht es darum, beschäftigte Arbeitnehmerinnen, überhaupt Berechtigte oder soziale Leistungsrechte gegenüber diesem System sie zu einem Misstrauen zu führen, so dass sie im Prinzip den eigentlich Anspruchsberechtigten in ihren eigenen Reihen gegenüber auch misstrauisch werden. Also. Es handelt sich um ein Labeling der Inanspruchnahme sozialer Leistungen und sozialer Rechte. Und ganz besonders krass finde ich immer dieses Beispiel der Grundsicherung, wo wir ja auch gerade eben schon mal drüber gesprochen haben, ist immer wieder um diese Frage geht: Was sind das eigentlich für Menschen, die da eine Bedürftigkeit haben und wie stehen wir diesen Personen gegenüber? Also ein sozial oder institutionell verbrieftes soziales Recht wird da in Frage gestellt, indem man sagt: Na ja, es gibt ja Menschen, die diese Sozialsysteme auf eine gewisse Weise ausnutzen und stellt das aber nicht in Relation. Also ein einfaches Beispiel, was die Kollegin Jennifer Eckhardt, die auch für uns schon einen Beitrag verfasst hat, da zusammengetragen hat, ist diese Zahl der 4 % an Missbrauchsfällen sozusagen, die da unter den Menschen stattfinden, die also Bürgergeld in Anspruch nehmen und gegenüber sehr, sehr hohen Zahlen der nicht in Anspruchnahme. Also in anderen Bereichen, sagen wir mal der Grundsicherung, wie zum Beispiel Grundsicherung im Alter, wo viele Menschen das also nicht in Anspruch nehmen oder bei Hilfen zur Bildung und Teilhabe für Kinder usw. Also wir haben ganz viele Gruppen, die gar nicht ihre sozialen Rechte in Anspruch nehmen, einfach weil sie als bedürftig gelabelt werden in einer Gesellschaft, die auf Leistung und Aufstieg gewissermaßen ausgelegt ist. Und über diese Produktion und Narrative der Mythen wird dieser Aspekt noch verschärft und gestärkt. Und wir, die selber anspruchsberechtigt sind, gewissermaßen, verlieren das Vertrauen

nicht nur in die Institutionen, sondern misstrauen auch den Menschen, die ihre sozial verbrieften Rechte in Anspruch nehmen. Und das ist eine große Tragik, die dahintersteckt.

**Florian Blank:**

Ja, und es hat auch teilweise noch einen Bumerang. Die von dir angesprochene Dunkelziffer beruht ja nicht nur auf Nichtwissen, sondern sie beruht ja teilweise auf einer Ablehnung des Systems durch eigentlich Anspruchsberechtigte. Es wird ja wirklich eine ganz, ganz schräge Debatte, wenn man da dann in die Details der Forschung, der qualitativen Forschung reinguckt. Ich habe letzts noch frische Forschung dazu veröffentlicht gesehen. Ein kleiner Sammelband, an dem unter anderem Felix Wilcke, der auch schon mal für unser Blog geschrieben hat, beteiligt war Und das Spannende jetzt sagen wir mal aus wissenschaftlicher Perspektive, das aber unmittelbare politische Folgen hat, ist, dass anscheinend diese große Gruppe der Grundsicherungsbezieherinnen und Bezieher, das sind über 5 Millionen Menschen, in viele Kleingruppen zerfällt und von politischen Akteuren dann die Einzelgruppen herausgepickt werden können für unterschiedliche Zwecke. Wenn es um Ausbau geht, um ein besseres System, standen eine Zeit lang dann die Selbständigen, denen in der Krise geholfen werden musste, im Vordergrund. Für die sollte der Zugang zu den Grundsicherungsleistungen auf einmal erleichtert werden. Und wenn es jetzt darum geht, wieder das Bürgergeld zu kritisieren, dann werden auf einmal die schwer zu Vermittelnden bis hin zu Totalverweigerer rausgepickt, denen das Leben nicht so einfach gemacht werden soll. Dass das aber eben, wie Eike gesagt hat, nur eine wirklich verschwindend kleine Gruppe an der Gesamtzahl ausmacht und dass man eigentlich genauso beispielsweise über alleinerziehende Mütter oder Kinder und Jugendliche im Bürgergeld beziehenden Haushalten sprechen könnte, das fällt dabei hintenüber und man hat manchmal den Eindruck, dass dann der große Teil der Menschen, die diese Sozialleistung beziehen, in eine Art Sippenhaft genommen wird für diejenigen, die vielleicht, da können wir jetzt lange drüber streiten, tatsächlich ein Problem auch für das Sicherungssystem darstellen.

An der Stelle würde ich aber ganz gerne mal von den Zahlen dann wegkommen. Also wenn es wirklich um Spezialgruppen geht und beispielsweise wirklich mal Forscher und Forscherinnen zu Wort kommen lassen, die sich beispielsweise tatsächlich mit der Realität in den Jobcentern und Arbeitsagenturen

auseinandersetzen. Also an welcher Stelle kommen denn welche Beratungsleistungen für wen an? An welcher Stelle brauchen wir vielleicht sogar mehr Ressourcen in Jobcentern und Arbeitsagenturen? An welcher Stelle helfen denn tatsächlich gut gemeinte Angebote, die sicher auch noch ausgebaut werden könnten, tatsächlich nicht mehr weiter? Und brauchen dann die Menschen, die im Jobcenter arbeiten, tatsächlich? Wie soll man sagen, die Drohung im Hintergrund? Ja, aber das wäre dann wirklich ein extrem differenzierter Blick. Nicht auf Einzelfälle, die man sich irgendwie herauspickt. Ich kenne da wen, der vielleicht eventuell sich das Leben hat leicht gemacht, sondern da wird es wirklich darum gehen, um vernünftige Forschung, die wirklich an den Problemen ansetzt und dann vielleicht aber eben auch bereit ist, die Konsequenz zu ziehen: Ja moment mal, eventuell brauchen unsere Arbeitsagenturen und Jobcenter bessere Ressourcen, um wirklich dem Auftrag nachzukommen, den sie haben. Unser Auftrag wäre jetzt im Grundsicherungssystem ja relativ einfach überschrieben: Unterstützung und vielleicht dann perspektivisch Überwindung der Hilfebedürftigkeit. Aber das ist ganz häufig ein langer Weg, der vielleicht tatsächlich mit viel, viel besserer Betreuung Arbeitsmarktservice genauso wie vielleicht auch psychosoziale Dienste etc. etc. nur beschritten werden kann.

### **Bettina Kohlrausch:**

Also ich glaube auch, was bei dieser Sozialstaatsdebatte ja faktisch wirklich passiert ist. Also jetzt so soziologisch und ein bisschen abstrakter das so Grenzziehung zwischen Gruppen. Es wird ja zum Beispiel immer behauptet und wir haben es nachgerechnet und haben es auch nachgerechnet. Es stimmt einfach nicht, dass Menschen im Mindestlohn weniger hätten als Menschen im Bürgergeld. Das ist ja so eine klassische Debatte, wo versucht wird, eine Gruppe, die im sozialen Gefüge relativ weit unten angesiedelt ist, nämlich Menschen mit niedrigem Einkommen, gegen eine Gruppe, die tendenziell noch ein bisschen weiter unten angesiedelt ist, gegeneinander auszuspielen.

Ich glaube, was Florian beschrieben hat, ist genau: Wie kann das passieren? Weil das ist nämlich dann, wenn man anfängt so Einzel-Gruppen gegeneinander auszuspielen, dann ist es das exakte Gegenteil von dem, was eigentlich ein Sozialstaat ist, der ja Solidarität organisiert. Und das ist ja eben genau keine Solidarität. Und ich glaube, je mehr man diese Debatten führt, desto leichter ist es natürlich auch, dieses Grundprinzip zu untergraben. Und de facto ist es natürlich auch so, wenn man sozialstaatliche Leistungen immer weiter abbaut. Der

Eindruck entsteht Sozialstaat ist sowieso nur was für die aller aller Bedürftigsten und wir diskutieren die ganze Zeit nur noch: Wer gehört eigentlich noch dazu?

Dann entzieht man dem natürlich auch die politische Basis, weil die Menschen gar nicht begreifen, dass Sozialstaat etwas ist, der, wenn man mal ganz wenige steinreiche Leute ausnimmt, die sich im Zweifelsfall auch ihre Herztransplantation privat finanzieren könnten.. Dann ist Sozialstaat natürlich etwas, das für alle da ist. Und diese Erfahrung wird durch die Debatte, die wir führen, eigentlich überhaupt nicht gespiegelt. Und ich glaube, das führt auch dann dazu, zu so einer grundsätzlichen Abkehr von Staatlichkeit, weil die Leute eigentlich nicht mehr sehen, was dieser Staat eigentlich auch für sie leisten kann oder soll und inwieweit sie davon profitieren.

**Marco Herack:**

Ja, ich glaube, da hast du einen sehr guten Punkt, Bettina. Weil wenn man jetzt zum Beispiel mal die aktuelle Haushaltsdebatte betrachtet, die die Bundesregierung führt und die ja dann auch von der Opposition begleitet wird, dann stellt man sehr schnell fest, dass zum Beispiel die Rente gar nicht dem Sozialstaat zugehörig angesehen wird, aber einer der größten Posten ist. Da ist sehr viel durch die Segmentierung, glaube ich, auch verloren gegangen.

**Bettina Kohlrausch:**

Ja.

**Florian Blank:**

Der Sozialstaat steht immer vor einer schwierigen Aufgabe. Es werden in einem Sozialstaat ganz unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und man muss jetzt auch fairerweise sagen verschiedene Gerechtigkeitsverständnisse verwirklicht. Und das ist auch gut so! Das Grundproblem ist, glaube ich, aus meiner Sicht, dass wir bis in die Mitte der Gesellschaft, also das, was früher auch als Normal-Arbeitnehmer galt, ja eine gewisse Ernüchterung mit den Leistungen des Sozialstaats vorhanden ist. Weil wir über lange Jahre im Grundsatz eher immer ein Sozialstaatsrückbau erlebt haben, verbunden immer wieder mit der Frage, können wir uns das wirklich leisten?

Es hat in den letzten Jahren, das darf man nicht bestreiten, auch immer kleinere Ausbauten gegeben. Für einzelne Gruppen ist es durchaus besser geworden.

Ich will jetzt nicht ins Detail gehen und jetzt für die Rentenpolitik das einzeln aufzählen. Aber an der Rentenpolitik zeigt sich beispielsweise, dass über lange Jahre das gesamte Leistungsniveau zurückgefahren worden ist und die Ausbauten, die es für einzelne Gruppen gab, beispielsweise die Mütterrente, haben das nicht kompensiert. Und das Grundproblem, das damit zusammenhängt, ist natürlich, dass man in einem Sozialstaat, in dem man sich wirklich aufgehoben fühlt, sicher auch großzügiger sein kann gegenüber Menschen, denen es vielleicht nicht so gut geht wie einem selbst.

Also es ist ein Argument auch aus der Sozialstaatsforschung. Ich meine, ich hoffe, ich zitiere ihn jetzt nicht falsch. Thomas Bahle aus Mannheim hat das auch mal in einem schönen Sammelband-Bericht gesagt. Wenn wir letztendlich auch Grundsicherung verbessern wollen, also die Systeme, die wirklich für die Unteren da sind, für das letzte Netz der sozialen Sicherung. Wenn wir das verbessern wollen, dann müssen wir gleichzeitig dafür sorgen, dass die Systeme und Teilsysteme, die auch für die Mitte der Bevölkerung da sind und das ist in Deutschland die Sozialversicherung, dass die stabil ist und liefert, dass man das Gefühl hat, okay, ich bin hier abgesichert und aufgehoben.

Und jetzt stehen wir allerdings natürlich dann vor einer ganz schwierigen Frage. Wir kritisieren ja im Grunde häufig und aus guten Gründen die Leistungen des Sozialstaats. Wir wünschen uns eine bessere Sozialversicherung. Gleichzeitig glauben wir natürlich, dass dieses System im Grunde aber reformfähig ist, leistungsfähig ist und auf unsere Kritik abzielt. Das ist ja kein Rückbau oder eine komplettes Neuerfinden, sondern der Impetus ist dabei: Wir wollen, dass der Sozialstaat das machen darf, was er machen kann. Und ich glaube, dass wir da dann immer auch an unterschiedlichen Ebenen ansetzen sollen. Die Grundsicherung, so wie sie jetzt ist, lässt sich verbessern. Aber es sollte niemals sozusagen ein Projekt sein, das alleine verfolgt wird, sondern es muss immer in Zusammenhang im Zusammenspiel gesehen werden mit anderen Sicherungssystemen. Denn es kann ja tatsächlich sein, dass Menschen, die lange eingezahlt haben in die Sozialversicherung, am Ende ihres Erwerbslebens auf einmal die Frage aufkommt: Warum habe ich das denn gemacht, wenn ich jetzt nur auf Grundsicherungsniveau lande? Das ist ein Problem, das kann man nicht wegdiskutieren. Damit aber jetzt, sagen wir mal, die Grundsicherung zu diskreditieren. Man kann aus dieser Beobachtung heraus erstens natürlich Arbeitsmarkt und eventuell auch Löhne kritisieren. Da kann viel passieren. Und man kann

natürlich auch die Frage stellen was muss denn in der Rentenversicherung dann besser laufen, damit diesen Leuten auch geholfen ist?

Also ich glaube, wir kommen nicht drum herum, in diesen Diskussionen wirklich ein Gesamtpaket zu diskutieren, um genau diese Grenzziehungen, mit denen Sozialpolitik dann auch an manchen Stellen arbeiten muss, einfach weil es unterschiedliche Problemlagen gibt, um mit diesen Grenzziehungen fertig zu werden. Also das alte Motto: Das eine tun heißt nicht das andere lassen.

**Marco Herack:**

Wenn ich jetzt so unsere Diskussion in meinem Kopf so ein bisschen Revue passieren lasse, dann habe ich so ein bisschen den Eindruck: Vielleicht ist es aber auch alles echt kompliziert geworden im Lauf der Jahre. Also Florian, du hast das vorhin schon kurz angesprochen Es hat sich alles weiterentwickelt. Auch nicht immer schlecht, aber man hat ja mittlerweile das Gefühl, man guckt da drauf und dann tut man sich wirklich schwer, intuitiv zu verstehen, wie eigentlich die Regeln sind. Und das ist bei manchen Themen sicherlich komplizierter als bei anderen Themen, aber beispielsweise Grundsicherung. Und wenn man dann mit den Aufstockern und was darf man arbeiten? Und ist ein besserer Job dann nicht sogar schlechter für den oder diejenige, die arbeitet, weil sie dann mehr oder weniger Geld hat? Das sind Sachen, die können nicht mal Experten aus dem Stegreif beantworten, sondern da wirken irgendwie verschiedene Ministerien dann irgendwie noch zusammen und jeder hat da so sein eigenes Ding. Also es ist ja teilweise auch wirklich eine Katastrophe. Und wäre da nicht auch angesagt, dass nebst allem Verstehen wollen und können nicht auch die Politik ein bisschen Vereinfachung herbeiführt?

**Eike Windscheid-Profeta:**

Vielleicht kann man da anschließen an das, was Florian gerade eben mit diesen verschiedenen Gerechtigkeitsverständnissen angesprochen hat. Denn wir wissen zum Beispiel, dass bei Sozialpolitik, wo es ja eben und das hatten wir jetzt schon ganz oft um ganz tiefgreifende und weitreichende Verteilungswirkungen und Entscheidungen geht, auch das Thema der Verfahrensgerechtigkeit eine Rolle spielt. Und das ist das, was du jetzt angesprochen hast, nämlich: Wie können wir denn dahin kommen, dass das, was entschieden wird, auch als transparent und nachvollziehbar und begründet und verstehbar und erklärt begriffen wird? Dass da Menschen sind, die wahrnehmen? Da sind nicht Entscheidungen

hinter verschlossenen Türen getroffen worden. Das sind Entscheidungen, die möglicherweise auch justierbar sind, usw. Das sind ganz klare Anforderungen an eine politische Kommunikation auch. Und insofern gebe ich dir da total recht. Das ist sicherlich eine Anforderung an politische Kommunikation, diese Entscheidungswege transparent und klar zu machen und nachvollziehbar zu machen.

Aber es ist auch einfach eine Anforderung daran, wie wir mit wissenschaftlichen Befunden umgehen, wie wir eine politische Debatte gestalten und deswegen ganz klar und dann sind wir wieder am Anfangs und Ausgangspunkt unserer Diskussion, die Idee dieses Blogs, sozusagen auf diese Weise eine Anreicherung der Debatte zu bewerkstelligen, um eben eine Sachlichkeit hineinzubringen, die total wichtig ist eben für diese Menschen, die jeden Tag in die Zeitung schauen, die wissen wollen, wie funktioniert das Ganze als Antragsberechtigte, Leistungsberechtigte wie auch immer Beitragszahlende in diesen Systemen repräsentiert sind. Und für diese Menschen ist, was eine Akzeptanz des Sozialstaats angeht, was auch die Zukunftsfähigkeit und die Stabilität des Sozialstaats angeht, total wichtig, dass Dinge nachvollziehbar und begründet werden. Und auf diese Weise versuchen wir eben da einen Einfluss zu nehmen.

### **Florian Blank:**

Ich bin, was die Einfachheit angeht, ein bisschen skeptisch. Ehrlich gesagt ein Land mit 80 Millionen Einwohnern und Sozialpolitik entwickelt sich halt auch, um spezielle Problemlagen zu bearbeiten. Manche Sachen kann man vereinfachen. Schönes Beispiel ist die Rentenanpassungsformel, die wirklich nur noch Experten verständlich ist. Da könnte man sicher einiges vereinfachen. An anderen Stellen muss man abwägen. Politische Ziele, die dann eben auch rechtssicher formuliert sein müssen, beispielsweise gegenüber Entscheidungsspielraum von Expertinnen und Experten in den Ämtern, die eventuell dann freihand agieren dürfen. Was wollen wir da lieber? Wollen wir lieber einen ganz konkreten Rahmen, der von der Politik vorgegeben wird? Oder vertrauen wir darauf, dass im Rahmen von weiter gehaltenen Vorgaben dann vor Ort das Richtige entschieden wird? Das wäre so ein Beispiel, wo man eine Abwägung treffen muss.

An anderen Stellen geht es halt darum: Wir wollen bestimmte Gruppen unterstützen. Dann brauchen wir eben auch spezielle Regeln dafür. Von daher bin ich tatsächlich ein bisschen skeptisch, ob man wirklich so viel vereinfachen kann. Dennoch kann man sicher immer wieder die Frage aufwerfen: Wie werden



Informationen transportiert? Wer kann auf welche Informationen Zugriff nehmen? An welchen Stellen kann man zumindest die Informationen vereinfachen und vielleicht tatsächlich nachvollziehbarer stricken? An anderen Stellen denke ich: Es sind manchmal wirklich bewusste Missverständnisse, die einfach immer wieder weiter transportiert werden. Und da kann man auch mit noch so viel Vereinfachung im Grunde nichts erreichen. Da muss man immer wieder aufklären und vielleicht auch manchmal den Finger in die Wunde legen und sagen: Ja, da geht es jetzt einfach wirklich um Interessenkonflikte, die hinter manchen Vereinfachungen stehen.

### **Eike Windscheid-Profeta:**

Vielleicht noch zum Thema Vereinfachung oder vielleicht ein anderes Wort für Vereinfachung ist, noch mal stärker diese Zugänglichkeit herzustellen, was Sozialleistungen angeht. Da kann man durchaus was machen. Und das Spannende ist, darüber wissen wir auch schon recht viel. Da passiert auch was. An vielen Stellen muss man natürlich noch viel tun. Ein Beispiel ist etwa die Repräsentation von leistungsberechtigten Gruppen in den zuständigen Verwaltungen. Das ist hoch spannend, weil wir haben es ganz oft nicht mit einer diversitätssensiblen Verwaltungsstruktur zu tun.

Also wenn man sich anschaut, sozusagen, wer in den zuständigen Behörden da auf diesem Level Bürokratie auf dieser Ebene sitzt, also der zuständigen Behördenmitarbeiterinnen, das sind häufig nicht diejenigen Leute, Personen, die dort sozusagen mit Anträgen ein und ausgehen. Also wenn wir von beispielsweise alleinerziehenden Personen oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte oder Menschen mit Behinderungen usw. sprechen. Das kann häufig dazu führen, dass diese Personen, und wir waren gerade eben beim Thema nicht Inanspruchnahme, Stigmatisierung antizipieren und aufgrund dessen gar nicht erst vorstellig werden. Das ist aber nur ein kleiner Teilbereich, aber eine Stellschraube, an der man was tun könnte.

Das gleiche gilt für bürokratische Hürden oder das Thema Sprachbarriere. Das hatten wir auch schon. Kann man da an diesen Stellschrauben drehen? Dazu haben wir ganz wertvolle Hinweise, schon aus der Forschung, was man konkret tun kann oder eben auch zu einer Sensibilisierung des Personals vor Ort zu gelangen. Das passiert real schon in vielen Jobcentern, beispielsweise, wo es auch um das Thema kulturelle Diversität usw. geht. Altersdiversität. Wie gehe ich mit bestimmten Gruppen um, um diesen Menschen eben auch Zugänge zu

erleichtern und überhaupt Zugänge zu schaffen? Oder denken wir an alte Personen oder Rentnerinnen usw., die also möglicherweise gar nicht mehr aus ihren Wohnungen herauskommen? Und wie kommen die aber sozusagen zu ihren Rechten, ohne im Amt vorstellig zu werden? Und so weiter und so fort. Also viele, viele Kleinigkeiten, aber Dinge, die wir real tun müssen, um sozusagen auch einen Sozialstaat zu gewährleisten, der für alle Gruppen und insbesondere für die vulnerablen Gruppen eben auch zugänglich ist.

**Marco Herack:**

Dann würde ich sagen, dann kommen wir so zum Ende und wir haben jetzt sehr viel über die Rente gesprochen, Florian. Jetzt würde ich doch gerne wissen, ob das Rentensystem, das wir haben, finanzierbar ist oder nicht.

**Florian Blank:**

Das, was ich dazu immer sage, ist im Grunde, dass Finanzierbarkeit keine wissenschaftlich bestimmbare Größe ist, sondern Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses. Die Frage ist aus meiner Sicht tatsächlich: Wollen wir uns ein gutes Rentensystem leisten, weil die Alternative zu einem guten öffentlichen Rentensystem, das aus meiner Sicht erstaunlich flexibel ist, sogar mit Blick auf verschiedene Lebensläufe und ihre Absicherung. Das auch effizient ist. Die Alternative zu so einem System ist im Grunde ein einfach nur unsichtbar machen der Kosten. Letztendlich eine Privatisierung von sozialer Sicherheit, weil die Gesellschaft altert. Und wenn Menschen im Rentenalter ein vernünftiges Auskommen haben sollen, dann muss irgendwo das Geld aufgetrieben werden. Also finanzierbar in einem rein technischen Sinne. Da kann man sich ganz viel vorstellen, da gibt es zig Ideen. Da wäre ich persönlich auch relativ schmerzfrei zu sagen: Gut, wir kommen auch mit höheren Beitragssätzen klar, das Geld ist gut angelegt, aber ich bin in dem Sinne ehrlich gesagt immer wirklich ein großer Freund von öffentlichen Systemen, weil man da auch immer wieder darüber streiten kann, dass so ein Streit, was wir uns leisten wollen, nicht immer so aufgelöst wird, wie ich mir das vorstelle. Das ist leider die Kehrseite der Story. Aber mir ist es immer lieber, wenn man sich über sowas politisch streiten kann und politisch weiterentwickeln und anpassen kann, als wenn es aus der politischen Debatte verschwindet und dann tatsächlich für uns nur noch darüber streiten, im Freundeskreis, welcher ETF denn jetzt wirklich besser geeignet ist für die private Vorsorge. Weil das ist keine Sozialpolitik mehr, das ist dann tatsächlich eine Privatisierung. Ein jeder kämpft für sich allein. Und das halte ich für den

falschen Weg. Also in dem Sinne Es lebe der demokratische Streit über Sozialpolitik und was wir uns leisten wollen.

**Marco Herack:**

Und das ist sehr demokratisch, Bettina.

**Bettina Kohlrausch:**

Das ist demokratisch, ja. Es ist allerdings natürlich in der Tat, und darüber haben wir auch gesprochen. Debatten müssen nachvollziehbar sein, damit sie diese Wirkung auch haben. Da kommen wir noch mal zur Frage der Komplexität und der Nachvollziehbarkeit. Aber das ist ja auch das, was Eike eben gesagt hat. Die Dinge können ja kompliziert sein. Die Frage ist: Sind die Zugänge klar? Sind die Grundregeln klar? Sind die Grundprinzipien klar. Aber im Kern ja.

**Marco Herack:**

Damit wären wir am Ende der Folge. Ich bedanke mich recht herzlich bei Bettina Kohlrausch, Eike Windscheid-Profeta und Florian Blank. Danke schön.

**Bettina Kohlrausch:**

Danke dir.

**Eike Windscheid-Profeta:**

Danke auch. Tschüss.

**Florian Blank:**

Danke.

**Marco Herack:**

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann sendet sie uns per E-Mail an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcast zu eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören euch eine schöne Zeit bis nächste Woche. Tschüss.